

[35-16.doc]

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht bei der Abstimmung heute nicht um die Frage, ob Menschen aus Seenot zu retten sind oder nicht.

(Beifall)

Zur Rettung aus Seenot aus zutiefst menschlicher Pflicht hat sich die CDU zusammen mit der Frankfurter Koalition schon im letzten Jahr ganz klar bekannt. Auch uns machen die zahlreichen Todesfälle im Mittelmeer sehr betroffen. Wir sind der Auffassung, dass aus Seenot gerettete Menschen in Europa Hilfe erhalten und innerhalb Europas auf die Mitgliedsstaaten weiter verteilt werden sollten. Deshalb setzen wir uns als CDU nachdrücklich dafür ein, dass die Bundesregierung auf eine solche gesamteuropäische Lösung hinwirkt. Wir halten es in der gegenwärtigen, sehr schwierigen Situation auch für richtig, dass sich die Bundesrepublik bereit erklärt hat, notfalls einen Teil der in den letzten Monaten zum Teil unter dramatischen Umständen Geretteten aufzunehmen. Wir sind uns einig darüber, dass wir in Frankfurt weiterhin bestmöglich die bei uns lebenden Menschen integrieren möchten. Dazu haben wir anspruchsvolle kommunale Standards für die Unterbringung und die Integration geflüchteter Menschen verabschiedet und eine Vielzahl von Programmen aufgelegt.

Wir möchten diese Menschen über das Maß der Förderung von Bund und Land hinaus so gut unterstützen, dass sie am Schluss hier in Frankfurt selbstbestimmt leben können. Wir als Koalition und insbesondere unsere Sozialdezernentin Professor Daniela Birkenfeld haben zu diesem Zweck zusätzliche Mittel bereitgestellt. Noch einmal ganz deutlich und klar: Frankfurt unternimmt sehr viele freiwillige Anstrengungen für Flüchtlinge. Wir nehmen mit den Maßnahmen auch gezielt die Gruppe derer in den Blick, deren Bleibeperspektiven nach geltendem Recht gering sind. In Sinne einer verantwortungsvollen Politik müssen wir aber auch stets darauf achten, dass wir den Menschen, die wir aufnehmen, auch wirklich Perspektiven und eine würdige Unterkunft bieten können. In diesem Zusammenhang sehen wir derzeit keinen Spielraum für eine freiwillige Aufnahme weiterer

geflüchteter Menschen über die uns vom Land Hessen zugewiesenen hinaus, für die wir jetzt schon weiterhin Woche für Woche neue Unterbringungsmöglichkeiten finden müssen. Viele dieser Menschen sind bereits Frankfurter, sie haben einen Anspruch auf Unterkunft und sind beim Wohnungsamt registriert.

Frankfurt war, ist und bleibt eine äußerst hilfsbereite Stadt, und das ist sehr gut so. 4.700 Flüchtlinge haben wir in den letzten Jahren aufgenommen. 440 leben immer noch in Notunterkünften in Hallen. Elf Menschen kommen weiterhin Woche für Woche zu uns. Damit geht diese Stadt an die Grenze des Machbaren. Um es auch einmal plastisch zu machen: Die Kinder können zum Beispiel in den Hallen ihre Hausaufgaben nicht machen, dafür ist es dort einfach zu laut. Wir sehen derzeit nicht, wie wir noch weitere Flüchtlinge angemessen und mit einer echten Perspektive, mit einer fairen Chance hier unterbringen sollen. Das gilt umso mehr, als das Land Hessen in absehbarer Zeit die Mittel kürzen wird. Bei der Aktion Seebrücke geht es unter anderem doch darum, ob ein zweites Verteilsystem für Flüchtlinge gegründet werden soll. Dafür muss man halt die acht Forderungen dieser Aktion einmal lesen. Man darf nicht bei der Überschrift aufhören, so schön die auch ist.

(Beifall)

Es heißt bei dieser Forderung: „Aufnahme zusätzlich zur Quote“ beziehungsweise, dass „die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicherzustellen“ ist. Als CDU sind wir der Meinung, dass das hier in Frankfurt derzeit nicht leistbar ist. Das Verteilsystem in Deutschland und in Hessen funktioniert und ist anerkannt. Insbesondere wollen wir auch den Königsteiner Schlüssel nicht aufweichen.

Herr Müller, Sie mögen mich als unredlich bezeichnet haben und mich dafür halten; ich persönlich mag es nicht, wenn jemand versucht, uns in die Tasche zu lügen.

(Beifall)

Wir brauchen neben den allgemeinen Regeln, die wir hier haben, nicht noch ein zweites Verteilsystem für eine besondere Gruppe von Flüchtlingen. Am Ende geht es auch um die Frage, Flüchtlinge innerhalb Europas gerecht und in gleicher Weise zu behandeln. Ich frage Sie ganz offen: Kann es denn sinnvoll sein, für Menschen, die einen besonders gefährlichen Weg nach Europa gegangen oder vielmehr dazu gedrängt worden sind, einen zweiten, einen besonderen Weg zu organisieren? In der Sache geht es bei der Forderung bezüglich der Erklärung als sicherer Hafen und dieser bis zu acht Forderungen der Aktion Seebrücke nach unserer Auffassung in erster Linie um eine

Symbolpolitik, die sich gut anhört. Wir glauben, das brauchen wir bei diesem Thema nicht in Frankfurt. Als CDU sind uns hier Taten viel wichtiger als Worte.

(Beifall)

Wer sich mit dem lapidaren Satz, „und jetzt erklären wir uns auch zum sicheren Hafen“, zufrieden gibt, macht es sich in unseren Augen zu einfach. Oder es geht ihm wirklich nur um ein Etikett. Huldvolle Worte der Solidarität allein haben aber noch nie einem Menschen geholfen und ihn erst recht nicht vor dem Ertrinken gerettet.

(Beifall)

Im Übrigen müssten auch alle, die hier bei der Abstimmung zu dem Antrag der FRAKTION Ja sagen wollen, wenn sie ehrlich sind, hier und heute einmal ganz klar sagen, was sie ab übermorgen dafür tun wollen und was genau passieren soll; ansonsten ist es doch eine reine Schaufensterpolitik. Das lehnen unsere Koalitionspartner eigentlich sonst auch regelmäßig ab. So hat sich die grüne Umweltministerin in Hessen in der Frankfurter Rundschau vom 24.08. dieses Jahres zur Ausrufung eines symbolischen Klimanotstandes wie folgt geäußert: „Klimanotstand ist ein Symbol dafür, dass wir eine Klimakrise haben, die wir bekämpfen müssen. Das machen wir bereits energisch, ich brauche dafür dieses Symbol Klimanotstand nicht.“ Das kann man eins zu eins auf das Etikett sicherer Hafen übertragen.

(Beifall)

Aber gerne schauen wir bei der Aktion Seebrücke auch noch einmal in Ruhe und genauer hin. Die sogenannten „sicherer Hafen“ Städte nehmen in der Vielzahl eben keine zusätzlichen Flüchtlinge auf, sondern haben eine unverbindliche Solidaritätserklärung abgegeben. Das kann man auf der Homepage von Seebrücke selbst gut nachlesen. München erfüllt nur die Solidaritäts- und Transparenzklausel, Karlsruhe genauso, Bremen genauso, Hamburg genauso. Das Wort Etikettenschwindel ist meines Erachtens von dem Wort Etikett nicht weit entfernt.

(Beifall)

Außerdem sind dort auch politische Aussagen auf der Seite von Seebrücke zu den Teilnehmerstädten zu finden, die sehr zweifelhaft sind: „Sie“, diese Städte, „stellen sich gegen die Abschottungspolitik

Europas und leisten selbst einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen“ - das kann doch nicht wirklich unsere Botschaft sein.

Ich will noch einen letzten Hinweis geben zu dem, was uns vorhin der Oberbürgermeister erklärt hat: Diese Resolution der Seebrücke ist keine Erklärung von Einzelpersonen; es handelt sich um eine Erklärung von Städten. Insoweit haben wir da schon die Erwartung, dass er als Oberbürgermeister die politische Entscheidungsfindung in dieser Stadt und vor allem auch in diesem Parlament respektiert.

(Beifall)

Wir wissen, dass er sich der Frankfurter Koalition nur ab und zu verpflichtet fühlt. Aber die Entscheidung der gewählten Volksvertreter in diesem Saal sollte er doch bitte respektieren, und notfalls diese auch abwarten.

Vielen Dank!

(Beifall)